

B1

Titel Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

AntragstellerInnen Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will! – Für eine Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte

1 Die Jusos stehen genau wie die SPD in einer sehr langen Tradition der Arbeiter*innenbewegung. Die Stärkung
2 der Rechte und der Mitbestimmung der Arbeiter*innen und auch aller anderen Arbeitnehmer*innen sind für
3 uns daher ein elementarer und unverhandelbarer Bestandteil unseres politischen Strebens und die Gewerk-
4 schaften sind in dieser Frage unsere natürlich Bündnispartnerinnen. Nach über 150 Jahren dieses Kampfes
5 haben wir gemeinsam viele Errungenschaften erkämpft. Diese Errungenschaften sind allerdings tagtäglich
6 bedroht und müssen daher stets verteidigt, erhalten und ausgeweitet werden. Hierbei dürfen wir nicht aus
7 den Augen verlieren, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Lebenswirklichkeit in einer immensen Dyna-
8 mik weiterentwickelt und damit auch die Arbeitswelt einen entsprechenden Wandel erfährt. Das bringt vor
9 allem für die Arbeitnehmer*innen ganz neue Herausforderungen mit sich, auf die es auch im 21. Jahrhun-
10 dert sozialdemokratische Antworten braucht. Einige dieser konkreten Herausforderungen und die aus ihnen
11 erwachsenden Forderungen sollen im Folgenden thematisiert werden:

12 **Mehr staatliche Verantwortung für eine demokratische und soziale Arbeitswelt**

13 Wir sehen uns einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gegenüber. Der Organisationsgrad
14 von Gewerkschaften sinkt ebenso wie die Zahl an Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen, die von Ge-
15 werkschaften vertreten werden und von Tarifverträgen umfasst sind. Dies führt zu einem Ungleichgewicht
16 zwischen den Tarifparteien und höhlt die Tarifautonomie aus. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass staatliche
17 Regulierung als sinnvolle und auch notwendige Ergänzungen zu Vereinbarungen der Tarifparteien zu sehen
18 sind, die den Rahmen der Tarifautonomie setzen und gesellschaftliche und sozialpolitische Leitplanken setzen.
19 Daher sollten staatliche Regelungen und politischer Gestaltungswille in unserer Arbeitswelt keine falsche und
20 unangebrachte Zurückhaltung an den Tag legen. Die Arbeitswelt braucht politische Gestaltung und den Mut
21 zur Veränderung.

22 **Flexibilität gilt auch für Arbeitgeber*innen – Schluss mit der Teilzeitfalle**

23 Auf dem Arbeitsmarkt gewinnt der Aspekt der umfassenden Flexibilität immer mehr an Bedeutung. Viele Ar-
24 beitnehmer*innen sehen sich wachsenden Ansprüchen gegenüber, die von ihnen verlangen, dass sie sich
25 zeitlich und räumlich immer stärker an ihren beruflichen Anforderungen orientieren. Leider gibt es bei aller
26 Flexibilisierung einen Aspekt, der ganz und gar nicht flexibler wird: die Teilzeitfalle. Wer einmal in Teilzeit geht,
27 kommt nur selten wieder in eine Anstellung in Vollzeit zurück. Das kann nicht sein: Wer in Vollzeit arbeiten will,
28 muss das auch dürfen!

29 Wir fordern:

- 30 • ein echtes Teilzeit-Befristungsgesetz, das die Reduzierung von Arbeitszeit mit einer vereinbarten auto-
31 matischen Rückkehr in Vollzeit verknüpft.
- 32 • einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit, der gesetzlich verankert, dass eine Rückkehr von Teil-
33 in Vollzeit für alle Arbeitnehmer*innen gewährleistet ist.

34 Nur Ausbeutung gehört befristet – Schluss mit der willkürlichen Befristung

35 Kettenbefristungen sind eine traurige Realität, die vor allem junge Arbeitnehmer*innen eine mittel- oder lang-
36 fristige Lebensplanung erheblich erschwert. Dieser Zustand gehört überwunden!

37 Deshalb fordern wir:

- 38 • die sachgrundlose willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen restlos abzuschaffen.
- 39 • der nicht hinnehmbaren Realität von Kettenbefristungen einen wirksamen gesetzlichen Mechanismus
40 entgegenzusetzen und so Kettenbefristungen tatsächlich zu unterbinden.
- 41 • eine klarere Definition und Begründung von Sachgründen zur Befristung von Arbeitsverhältnissen um
42 zu vermeiden, dass diese willkürlich sind.

43 Gleiche Arbeit verdient gleiche Anerkennung – Schluss mit der Ungleichbehandlung von Leiharbeiter*innen

45 Leiharbeiter*innen leisten in vielen Betrieben genauso viel und genauso gute Arbeit wie die jeweiligen Stamm-
46 belegschaften. Dennoch werden sie gesetzlich als Arbeitnehmer*innen 2. Klasse behandelt. Das muss aufhö-
47 ren!

48 Wir fordern:

- 49 • die umfassende Gleichberechtigung von Leiharbeiter*innen gegenüber der Stammbesellschaft – so-
50 wohl in der Bezahlung als auch in der Frage von Arbeitnehmer*innenrechten.
- 51 • zu verbieten, eine Stelle dauerhaft nur durch Leiharbeiter*innen zu besetzen.

52 Sein statt Schein – Scheinselbstständigkeiten aufdecken und bekämpfen

53 Scheinselbstständigkeit schadet im Wesentlichen dem Scheinselbstständigen selbst und den sozialen Siche-
54 rungssystemen. Deshalb muss sie noch effektiver aufgedeckt und unterbunden werden. Damit sorgen wir
55 zugleich für einen immensen Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – vor allem in den
56 Bereichen, in denen Scheinselbstständigkeit heute noch weit verbreitet ist.

57 Wir fordern also:

- 58 • Scheinselbstständigkeit noch wirkungsvoller zu regulieren und entschlossen dagegen vorzugehen.

59 App statt Stechuhren? – Für faire und gesunde Arbeitszeitregelungen in der digitalisierten Arbeitswelt

61 Räumliche Flexibilisierung kann von Arbeitnehmer*innen als Vorteil empfunden werden, aber es stecken in
62 dieser Entwicklung viele Möglichkeiten, den Arbeitsschutz zu untergraben und auszuhebeln. So werden in
63 Deutschland immer mehr Überstunden weder erfasst noch durch Freizeit ausgeglichen oder finanziell vergü-
64 tet. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang stellt auch die Durchsetzung des wichtigen und notwen-
65 digen flächendeckenden Mindestlohns dar.

66 Wir fordern:

- 67 • einen zeitgemäßen Arbeitsschutz, der Arbeitnehmer*innen auch in der digitalisierten Arbeitswelt ihre
68 Ruhephasen und ihren Feierabend garantiert.
- 69 • gesetzliche Regelungen, die der immensen Unterschlagung von Überstunden in Deutschland endlich
70 Einhaltung gebietet.
- 71 • die Einführung einer Wochen-Maximalarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.
- 72 • dass jede*r das Recht besitzt, optional zu wählen, ob geleistete Mehrarbeit (Überstunden) in monetäre
73 Form oder in Freizeit umgewandelt werden soll.

74 Globalisierung braucht mehr soziale Dimensionen – Für europäische und globale Arbeitnehmer*innenrechte

76 Die hier beschriebenen Probleme und Lösungsvorschläge sind keineswegs nur auf die Bundesrepublik
77 Deutschland anzuwenden. Die Entwicklungen und Herausforderungen ähneln sich in vielen Nationalstaaten,

78 die leider immer noch allein und individuell nach Lösungen suchen und diese Konzepte für sich erproben. Aber
79 ein Ziel sollten alle Arbeitnehmer*innen auf der Welt teilen: menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einer
80 gerechten Bezahlung für ausnahmslos alle! Im Dienste dieses gemeinsamen Ziels müssen die europäischen
81 und auch die globalen Bemühungen vorangetrieben werden, damit menschenverachtende Arbeitsbedingun-
82 gen und unwürdige Entlohnung überall auch so benannt und bekämpft werden kann und nicht zu sogenann-
83 ten "guten Standortbedingungen" verklärt werden. Daher muss das mittel- bis langfristige Ziel sozialdemokra-
84 tischer Arbeitspolitik sein, unsere Ziele und Maßnahmen auch europaweit und international durchzusetzen.
85 Bei diesem Globalisierungsprozess der Arbeitnehmer*innenrechte sind die Gewerkschaften unsere wichtigs-
86 ten Bündnispartnerinnen, die auch ihrerseits ihre Organisationen jenseits der Grenzen von Nationalstaaten
87 weiterentwickeln müssen.